

PRÄSIDENTSCHAFTS- UND PARLAMENTSWAHLEN IN DER REPUBLIK GHANA IM DEZEMBER 2008

Klaus D. Loetzer / Volker Mönikes

Am 7. Dezember 2008 wählten fast neun Millionen Ghanaerinnen und Ghanaer, ca. 70 Prozent der offiziell Wahlberechtigten, in 230 Wahlkreisen ihre Parlamentsabgeordneten.

Die bisher regierende National Patriotic Party (NPP) verlor dabei nicht nur ihre komfortable absolute, sondern auch die relative Mehrheit im ghanaischen Parlament. Der in der letzten Legislaturperiode oppositionelle National Democratic Congress (NDC) verfehlte mit 114 Abgeordneten¹ knapp die Mehrheit² der Parlamentsmandate, während die NPP mit 107 Abgeordneten³, die People's National Convention (PNC) mit zwei und die Convention People's Party (CPP) mit einer Abgeordneten, der Tochter des ersten Staatschefs Kwame Nkrumah, im Parlament vertreten sein werden. Hinzu kommen noch vier unabhängige Parlamentarier. Letzteren Mandatsträgern kommt nun – trotz der eindeutigen Tendenz hin zur Entwicklung eines Zweiparteiensystems – eine politisch bedeutsame Rolle zu, da sie die Funktion des Mehrheitsbeschaffers wahrnehmen und damit zugleich extreme Positionen dämpfen können.

1 | Wahlen 2005: 92 NDC-Abgeordnete.

2 | Zum Redaktionsschluss dieses Artikels stehen noch in zwei Wahlkreisen Nachwahlen aus; die Erringung von 50 Prozent der Sitze ist wahrscheinlich, die der absoluten Mehrheit mit 116 Mandaten noch theoretisch möglich, aber eher unwahrscheinlich.

3 | Wahlen 2004: 128 NPP-Abgeordnete.



Klaus D. Loetzer, Jg. 1950, Studium TU Hannover: Stadt- und Regionalplanung (1975); arbeitet seit 1979 in Afrika (ded, GTZ, KAS, WB, AfDB, EU, Consultings). Z. Zt. Landesbeauftragter der KAS in Ghana, vorher in Benin, Uganda und Nigeria. Homepage: www.loetzer.de; EZ-Internetblog: <http://ezwestafrika.blogspot.com>; k.loetzer@kas.de



Dr. Volker Mönikes, Jg. 1957, Entwicklungssoziologe und Theologe, Berater der Katholischen Bischofskonferenzen von Togo und Ghana, vorher KAS-Repräsentant in Zaïre, Benin, Simbabwe und Mosambik, Professor für Soziologie und Entwicklungsplanung in Kinshasa, Teamleiter der GTZ in Malawi, Regionalreferatsleiter beim DED und Abteilungsleiter Afrika/Nahost bei Misereor, volker_monikes@yahoo.com

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Ghana Anfang Dezember 2008 brachten eine Überraschung: Die bislang regierende NPP verlor ihre Mehrheit und kam nur noch auf 107 Parlamentsmandate, während der oppositionelle NDC mit künftig 114 Abgeordneten nahezu die Mehrheit der Sitze gewann. NDC-Kandidat John Atta Mills ist der künftige Präsident des Landes, dessen Entwicklung mit Blick auf die jüngsten Gewaltausbrüche in diversen afrikanischen Staaten mit Sorge beobachtet worden war. Grund zur Sorge gab auch die konfrontative Ausgangslage vor der Wahl sowie die Frage, wer künftig etwa den Wirtschaftsboom des Landes verwalten werde. Doch der Wahlkampf verlief ruhig und auch Ex-Präsident Rawlings, sonst ein Mann harscher Worte, zeigte Sachlichkeit und Maß. Auf Mills wartet Arbeit: Die globale Finanzkrise hat das Land hart getroffen, eine umsichtige Wirtschafts- und Steuerpolitik ist angesagt. Und auch andere Aufgaben wie die Verfassungsreform und der Dezentralisierungsprozess drängen. Die große Reputation, die Ghana international genießt, nimmt auch die neue Führung in die Pflicht.

Da am 7. Dezember keiner der acht Bewerber um das Präsidentenamt die erforderlichen 50 Prozent plus einer Stimme erhalten hatte, wurde für die beiden bestplatzierten Kandidaten Nana Akufo-Addo (NPP) und Prof. John Evans Atta Mills (NDC) eine Stichwahl nötig, die am 28. Dezember stattfand. Der Vorsitzende der Wahlkommission konnte aber erst am 3. Januar 2009 nach einem als dramatisch zu bezeichnenden Auszählungsverfahren, das in einem Wahlkreis eine Nachwahl am 2. Januar 2009 erforderlich machte, John Atta Mills zum *President-Elect* erklären. Er wurde mit äußerst knappen 50,23 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 72,9 Prozent gewählt und steht ab dem 7. Januar 2009 für die nächsten vier Jahre – qua Amt mit erheblicher Machtfülle ausgestattet – an der Spitze von Staat und Regierung, und ist damit auch Oberbefehlshaber der Armee. Atta Mills war bereits von 1997 bis 2001 Vizepräsident unter Jerry J. Rawlings und unterlag dem jetzigen Amtsinhaber John A. Kufuor in den Wahlen 2000 und 2004.

Für die NPP, die sich einer hohen internationalen Reputation erfreut, kam diese Entwicklung offensichtlich völlig überraschend. Das führte im Vorfeld zum ersten Wahlgang zu einer gewissen Nachlässigkeit im Wahlkampf. Diesen Fehler versuchte die NPP aus Anlass der Stichwahl zu vermeiden, was zu fragwürdigen Überreaktionen führte. Beispielsweise räumte nach Aussagen der EU-Wahlbeobachtermission die amtliche Nachrichtenagentur GBC dem Kandidaten der Regierungspartei deutlich mehr TV-Coverage ein als dem oppositionellen Gegenkandidaten⁴. In einigen Ashanti-Wahlkreisen, der Hochburg der NPP, war bei der Stichwahl die Zahl der abgegebenen Stimmen trotz nur leicht gestiegener Wahlbeteiligung um bis zu 30 Prozent angestiegen. Auf der anderen Seite wurden auch aus der Hochburg des NDC, der Voltaregion, Unregelmäßigkeiten gemeldet. In allen Fällen lehnte die Electoral Commission (EC) die jeweiligen Eingaben der Parteien als nicht genügend belegt ab und verwies auf den Rechtsweg. Besorgnis erregend ist die Aussage des Vorsitzenden der EC, dass die in der Voltaregion von der NPP reklamierten Verstöße krimineller Natur seien und daher von der Polizei aufgeklärt werden müssten. Darauf nahm der unterlegene NPP-Kandidat Nana Akufo-Addo in seiner Gratulationsadresse an

4 | Lt. Chief Observer Nikolay Mladenov auf der EU-Wahlbeobachter-Pressekonferenz bei der Abgabe des Preliminary Statement „Open and Transparent Run-off Election, Despite Isolated Incidents“ am 30.12.2008 im Holiday Inn, Accra.

Prof. Atta Mills Bezug und zeigte sich über diese Interpretation verwundert.

Die Stichwahl am 28. Dezember verlief nicht ganz so problemlos wie der erste Wahlgang und war bis zur Erklärung des Wahlsiegers am 3. Januar 2009 von landesweiten Spannungen gekennzeichnet. Es bleibt aber festzuhalten, dass Ghana diese schwierige Prüfung ohne Sicherheits- und Verfassungskrise mit Bravour gemeistert hat.

Trotz seines Wahlsiegs hat Mills keine absolute Mehrheit im Parlament und benötigt Stimmen aus dem Lager der kleineren Parteien oder der unabhängigen Kandidaten. Ob es ihm gelingt, eine solche Unterstützung dauerhaft, etwa durch die Vergabe eines Ministerpostens oder durch Parteiüber- oder -eintritte (*floor crossing*), zu erreichen, oder ob er mit wechselnden Mehrheiten zur Unterstützung seiner Politik rechnen muss, bleibt abzuwarten. Da die Kontrollfunktion des Parlaments in Ghana recht schwach ausgeprägt und das Präsidentenamt zugleich mit großer Machtfülle ausgestattet ist, kann Mills allerdings auch mit der relativen Mehrheit ohne allzu große Schwierigkeiten regieren.

Damit kommt auf Ghana eine spannende neue Legislaturperiode zu. Sollte sie unter der von den Wählern festgelegten Machtkonstellation erfolgreich verlaufen, wäre das von größter Wichtigkeit für die Entwicklung in Afrika. Schon heute aber lässt sich sagen, dass der Verlauf dieser Wahlen und die Fähigkeit der ghanaischen Wählerinnen und Wähler, zum zweiten Mal in der Vierten Republik eine Regierungspartei aus dem Amt zu wählen, als beispielhaft für Afrika gelten und der Demokratieentwicklung insgesamt Auftrieb geben kann.

GHANAS WAHLEN VOR DEM HINTERGRUND DER DEMOKRATIEENTWICKLUNG IN AFRIKA

Die Wahlen in Ghana haben über dieses mittelgroße Land in Westafrika mit 22 Millionen Einwohnern hinaus erhebliche Bedeutung für die Demokratieentwicklung auf dem gesamten Kontinent. Dies wurde bereits vor dem Gang zu den Urnen nicht nur von vielen Kommentatoren aus aller Welt hervorgehoben, es schien auch den ghanaischen Wählern bewusst zu sein. „Die Welt schaut auf uns“, wurde in persönlichen Gesprächen, vor allem aber auch in den Medien immer

„Die Welt schaut auf uns“, wurde in persönlichen Gesprächen, vor allem aber auch in den Medien immer wieder stolz artikuliert. Und in der Tat: die Welt schaute auf Ghana.

wieder stolz artikuliert. Und in der Tat: die Welt schaute auf Ghana. In vielen Organen nicht nur der afrikanischen Presse wurden die Wahlen regelmäßig und ausführlich verfolgt. Und obwohl es seit 1992 bereits vier Mal recht problemlos verlaufene demokratische Wahlen in Ghana gegeben hatte, entsandten auf Einladung der ghanaischen Wahlkommission viele der wichtigen und in der Wahlbeobachtung erfahrenen internationalen Institutionen Beobachtergruppen, darunter die Afrikanische Union (AU), die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), die Europäische Union (EU) und das Carter-Center.

Bereits seit Anfang des Jahres war die zivilgesellschaftliche Coalition of Domestic Election Observers (CODEO) unter dem Centre for Democratic Development (CDD-Ghana) aktiv. Im Vorfeld der Wahlen stand hier insbesondere das Thema „Preventing Election Violence and Managing Conflict in Election 2008“ im Vordergrund.

Die große Aufmerksamkeit für die Wahlen in Ghana ist verständlich, stand doch vor den Wahlen die Demokratiebewegung in ganz Afrika nicht ganz zu Unrecht im Rufe, ein einziges politisches Debakel, mindestens aber ein demokratisches Schattentheater, darzustellen:

- Ein gutes Jahr vor den Wahlen in Ghana war in Nigeria ein neuer Präsident in einem gefälschten Wahlprozess an die Macht gelangt.
- In Kenia, einst ein Hoffnungsträger hinsichtlich politischer und ökonomischer Entwicklung, waren Ende 2007 nach allgemeinen Wahlen derart extreme und gewalttätige Unruhen ausgebrochen, dass sich mancher politische Beobachter, vor allem aus den Partnerländern im Norden, verwundert fragte, ob er denn dieses Land über Jahrzehnte völlig falsch eingeschätzt hatte.
- Und in Simbabwe hatte die vorerst letzte Volte in Präsident Mugabes Kampf um die Macht – nach klar verlorenen Wahlen zu Parlament und Präsidentschaft – zu einer Stillstandssituation geführt, die für die Bürger des Landes kaum mehr das Überleben ermöglicht.
- Während des Wahlprozesses in Ghana putschte in Guinea, einem anderen westafrikanischen Land, mit dem Ghana während der Zeit Kwame Nkrumahs in besonderer historischer Verbindung stand und sogar eine Konföderation bildete, nach dem Tod von Präsident Conté das Militär.

Sowohl in Kenia als auch in Simbabwe wurde eine Lösung für die Krise in einer im Grunde undemokratischen Beteiligung der Opposition an der Macht gesucht, verbunden einerseits mit dem Verzicht auf jegliche legitime Gegenmacht im politischen System und andererseits mit extrem hohen politischen Opportunitätskosten. In Anbetracht dieser Entwicklung entstand selbst in Ghana die bange Frage, ob ein Wahlverlierer das nicht als Aufforderung zur Gewaltanwendung auffassen könne, um so doch noch durch international sanktioniertes *power sharing* an die Macht zu gelangen und damit die Pfründen aus dem zu erwartenden Ölboom genießen zu können.

Angesichts der bekannten Stärke der ghanaischen Opposition und in Kenntnis der regional-ethnischen Spannungen, die in Simbabwe und Kenia an der Basis der Konflikte standen, und die, wenn auch weniger deutlich sichtbar, in Ghana ebenfalls existieren, fragte einer der Autoren dieses Artikels daher schon Monate vor der Wahl: Kann Kenia in Ghana passieren?⁵ Die Antwort fiel wie jene der meisten Beobachter vorsichtig optimistisch aus, ohne eindeutige Gewissheit zu demonstrieren.

Kann Kenia in Ghana passieren?

DIE POLITISCHE AUSGANGSLAGE VOR DEN WAHLEN

Denn auch in Ghana selbst war man sich der Tatsache bewusst, dass das Land in vieler Hinsicht vor einer neuen Etappe seiner politischen und ökonomischen Entwicklung steht, in der die Gestaltungs- und Allokationsmacht der Regierung in hohem Maße gefordert ist.

1957 als erstes schwarzafrikanisches Land südlich der Sahara zur Unabhängigkeit gelangt, durchlief Ghana – beginnend mit dem charismatischen, aber keinesfalls demokratisch gesinnten ersten Staatschef Kwame Nkrumah – eine bewegte Geschichte mit einer Vielzahl von Militärputschen und langen Phasen autoritären Regierens, zuletzt bis 1992 unter der Herrschaft des Luftwaffenleutnants Jerry J. Rawlings.

Rawlings hatte gleich zweimal geputscht und stand nach seiner zweiten Machtübernahme 1981 zunächst elf Jahre als Mi-

5 | Zu finden unter der URL: http://www.kas.de/wf/doc/kas_12922-544-1-30.pdf (02.01.2009).

litärherrscher, dann 1992 nach Einführung einer demokratischen Verfassung, dem Beginn der Vierten Republik, acht Jahre lang als gewählter Staatspräsident an der Spitze des Landes. Rawlings führte Ghana zwar auf den Weg zu den bis heute relevanten ökonomischen und politischen Reformen; zugleich zeichnete er sich keineswegs immer durch die Anerkennung demokratischer Prinzipien aus und verletzte häufig in massiver Weise die Menschenrechte zum Zwecke der Machterhaltung. Es ist allerdings bis heute anzuerkennen, dass Rawlings im Jahre 2001, nachdem er gemäß der Verfassung nicht noch einmal für die Präsidentschaft kandidieren durfte, die Macht unter Vermeidung einer Sicherheits- und Verfassungskrise zügig an seinen Nachfolger John Agyekum Kufuor abgab – was ihm dieser übrigens durch die Aberkennung der üblichen Rechte eines ehemaligen Staatsoberhauptes dankte. Das führte zu einer endgültigen Verkrampfung in der Beziehung zwischen den beiden Männern.

Kufuor, Jurist und Geschäftsmann aus einer wohlhabenden Ashanti-Familie, hatte sich bei den Wahlen 2000 gegen den damaligen Vizepräsidenten von Rawlings, den Rechtsprofessor John Atta Mills, durchgesetzt.

Kufuor, Jurist und Geschäftsmann aus einer wohlhabenden Ashanti-Familie, hatte sich bei den Wahlen 2000 gegen den damaligen Vizepräsidenten von Rawlings, den Rechtsprofessor John Atta Mills, durchgesetzt. Zugleich errang die Partei Kufuors, die National Patriotic Party (NPP), die absolute Mehrheit der Mandate im ghanaischen Parlament gegen den National Democratic Congress (NDC), die Partei von Mills und Rawlings.

Bei den Wahlen 2004 konnten Präsident und Regierungspartei, wenn auch mit einem knapperen Ergebnis, ihren Erfolg wiederholen. John Kufuor besiegte in den Präsidentschaftswahlen erneut Atta Mills – dem damit nicht nur das Etikett des Rawlings-Strohmanns anhing, sondern zusätzlich das des ständigen Verlierers.

In allen bisherigen Wahlen spielten die Vertreter kleinerer Parteien eher eine untergeordnete Rolle; es ist eine deutliche Entwicklung hin zu einem Zweiparteiensystem zu erkennen.

Damit ergab sich in politischer Hinsicht für 2008 eine spannende Ausgangssituation, denn die beiden großen politischen Blöcke hatten das Land jeweils für acht Jahre regieren und ihre Positionen im Besitz der politischen Macht verdeutlichen können.

Beide Lager ordnen sich dabei verschiedenen politischen Richtungen zu, die NPP eher einer konservativ-wirtschaftsliberalen Tradition, was durch ihre Mitgliedschaft in der International Democrat Union (IDU) und ihren Vorsitz in der Democrat Union of Africa (DUA) unterstrichen wird, der NDC der Sozialdemokratie. Dies ist in der Tat ein signifikanter Unterschied zu anderen afrikanischen Ländern, gehen aus diesen Positionen doch auch kontrastierende politische Grundansätze, vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hervor. So setzt die NPP vor allem auf wirtschaftliches Wachstum und die davon erhofften Trickle-Down-Effekte in der gesamten Gesellschaft, während der NDC die Notwendigkeit einer staatlichen Steuerung der Balance zwischen Wirtschaftswachstum und Verteilungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Zwar konnten beide Parteien in ihrer jeweiligen Regierungszeit schon allein wegen der Abhängigkeit von internationalen Gebern und dem damit verbundenen politischen Einfluss von außen diese Positionen nie in reiner Form umsetzen⁶, es lassen sich aber im politischen Vollzug und noch mehr in der politischen Rhetorik durchaus Unterschiede entlang dieser ideologischen Differenzen erkennen. Es ist bemerkenswert, dass diese Form politischer Programmbildung in den Parteien in Ghana eine Tradition hat, die bereits in die Kolonialzeit zurückreicht und sich Ende der vierziger Jahre in verschiedenen Lagern der Befreiungsbewegung herausbildete. Heute nimmt daher die NPP die national-liberale Danquah/Busia-Tradition für sich in Anspruch, während sich der NDC eher auf die – sozialistisch ausgerichtete – Linie von Kwame Nkrumahs CPP beruft.⁷

Diese politischen Lager unterschieden sich aber von Anfang an nicht nur ideologisch, sie haben bis heute auch einen jeweils anderen regional-ethnischen Rückhalt und damit eindeutig verschiedene Hochburgen in den zehn Regionen Ghanas. Die NPP ist vor allem in der dicht bevölkerten Ashantiregion sowie im benachbarten Brong-Ahafo und in der Eastern Region stark. Diese Regionen sind von Ethnien der Akan-Gruppe besiedelt und weisen ge-

Die NPP ist vor allem in der dicht bevölkerten Ashantiregion sowie im benachbarten Brong-Ahafo und in der Eastern Region stark.

6 | So war ironischerweise Ghana unter Rawlings Anfang der achtziger Jahre das erste afrikanische Land, das das IMF-konditionierte Structural Adjustment Programme (SAP) mit seinen negativen sozialen Auswirkungen umsetzte.

7 | Diese Ausrichtung steht bei der CPP selbst nicht mehr im Vordergrund.

schichtlich zurück auf eine lange Phase der wirtschaftlichen Prosperität und territorialen Expansion, deren Opfer auch eine Vielzahl anderer ghanaischer Ethnien, vor allem im Norden des Landes wurden. Dies führt dort bis heute zu erheblichen politischen Ressentiments. Handel und wirtschaftlicher Wohlstand waren für die Akan-Völker immer die wichtigsten Antriebskräfte; diese Tatsache mag die Affinität zu einer eher wirtschaftsliberalen politischen Tradition teilweise erklären.

Der NDC, als dessen politischer Übervater immer noch Ex-Präsident Rawlings, Sohn einer Ewe-Mutter und eines schottischen Vaters, angesehen werden muss, hat seine größte Unterstützung in der Voltaregion im Osten des Landes an der Grenze zu Togo, wo die Ewe territorial beheimatet sind. Ferner ist der NDC in den drei Nordregionen Ghanas stark, die politisch und vor allem wirtschaftlich immer benachteiligt waren und sich darüber hinaus aufgrund der großen ethnischen Vielfalt einerseits und komplizierter Nachfolgeregeln für die traditionelle Herrschaft andererseits immer wieder gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Ethnien und innerhalb ethnischer Gruppen leisteten. Dass hier eher eine Ideologie des Ausgleichs und der Herstellung von gesellschaftlichen Gleichgewichten trägt, mag für die Nähe zum NDC eine bedeutende Rolle spielen.

Vor diesem Hintergrund, dass die NPP als eine Ashanti-Partei und der NDC als eine Ewe-Partei (Volta Region) wahrgenommen werden⁸, und angesichts der Tatsache, dass die Ashanti die Ewe zahlenmäßig bei Weitem überflügeln, stellte sich die Frage, ob der NDC überhaupt noch einmal in der Lage sein werde, eine Wahl zu gewinnen.

Beide großen politischen Parteien waren vor den Wahlen nicht nur von ihrer eigenen Überlegenheit, sondern vor allem von dem Unvermögen und Versagen des jeweils anderen Lagers während dessen Regierungszeit überzeugt und gingen daher wie selbstverständlich davon aus, dass nur sie selbst einen Anspruch auf die Herrschaft im Lande und damit den Wahlsieg hätten. Aussagen von Ex-Präsident Rawlings in der Frühphase des Wahlkampfes, dass ein Sieg des NDC nur durch Wahlbetrug der Regierungspartei verhindert werden könne, führten vor dem Hintergrund seiner Vergangenheit als zweimaliger Putschist zu einigen Irritationen. Ein Treffen mit pen-

8 | Siehe detaillierter hierzu weiter unten.

sionierten Generälen und Sicherheitsleuten aus seiner Zeit ließen dann die Wogen hoch schlagen und sieben Generälen i.R. wurde das Betreten von Militäreinrichtungen durch die Regierung Kufuor verboten⁹. Dies muss vor allem auch im Zusammenhang damit gesehen werden, dass sich das Militär – nach dem Urteil ausländischer Militärexperten ist das Offizierscorps noch zu 70 bis 80 Prozent als NDC-freundlich einzuschätzen – unter der NPP vernachlässigt fühlte. Zugleich zeigte die Überreaktion der Regierung, dass sie Rawlings immer noch erheblichen Einfluss auf die politischen Ereignisse in Ghana zusprach.

Nach dem Urteil ausländischer Militärexperten ist das Offizierscorps noch zu 70 bis 80 Prozent als NDC-freundlich einzuschätzen.

Somit war ein Ausgangsszenario von größter politischer Brisanz vorgezeichnet, das auf eine klare Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien und ihrer Anhängerschaft hinauslief.

Um die erwarteten Spannungen auf institutioneller Basis abzubauen, wurde ein Inter Party Advisory Committee (IPAC) eingerichtet. Im Wahljahr 2008 bestand es aus der New Patriotic Party (NPP), dem National Democratic Congress (NDC), der Convention People's Party (CPP), der People's National Convention (PNC), der Every Ghanaian Living Everywhere (EGLE) Party, der United Renaissance Party (URP), der Ghana National Party (GNP) und der United Love Party (ULP). Ein wichtiges Instrument des IPAC war ein auf freiwilliger Basis einzuhaltender Verhaltenskodex. Es ging dabei um demokratische Grundsätze, Wahlkampfprozeduren, Aktivitäten außerhalb des Wahlkampfes, die Wahldurchführung selbst, kurz um Richtlinien für alle Bereiche, deren Einhaltung vor, während und nach den Wahlen wichtig sind. Das sollte nicht zuletzt zu einer gewissen Fairness der Politiker im Umgang untereinander führen, insbesondere auch personalisierte Schlammschlachten verhindern. Auch sollte damit Manipulationen bei der Wählerregistrierung entgegengewirkt werden. All das war in einem 24-seitigen Büchlein enthalten und wurde durch Workshops zum Thema „Ensuring peaceful and violence-free elections in 2008“ den Parteienvertretern vermittelt.¹⁰

9 | Weitergehende Informationen: „Ban on Former Army Generals Generates Controversy“. (02.01.2009: <http://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/NewsArchive/artikel.php?ID=150301>).

10 | Bei der Erarbeitung des Kodex und der Umsetzung der Workshops war das renommierte Institute for Economic Affairs (IEA) federführend beteiligt.

Unregelmäßigkeiten bei der Wählerregistrierung, die wunderbare Vermehrung der Wählerstimmen in der Ashantiregion, aber auch die punktuellen Ausschreitungen in der Voltaregion legen allerdings den Schluss nahe, dass die Wirkung des Verhaltenskodex eher begrenzt war. Die Bedeutung der Institution des IPAC selbst sollte hingegen nicht unterschätzt werden, da sie ein wichtiges Forum darstellte, auf dem die Parteien im Beisein von Mitgliedern der Zivilgesellschaft, auch Vertretern ausländischer NRO, vor allem im Vorfeld der Wahlen Vorwürfe vorbringen, diskutieren und ausräumen konnten.

Neben NDC und NPP traten acht weitere Parteien sowie unabhängige Kandidaten zu den Parlamentswahlen und weitere sechs Kandidaten zu den Präsidentschaftswahlen an. Außer einem eventuellen Prestigeerfolg für den eloquenten Spitzenmann der CPP, Paa Kwesi Nduom, der in den erstmals durchgeführten beiden Fernsehdebatten mit vier der acht Präsidentschaftskandidaten¹¹ Profil gezeitigt hatte, wurde aber keinem dieser Kandidaten eine wirkliche Chance eingeräumt. Dieser hätte ein achtbares Ergebnis möglicherweise vor einem eventuell nötigen zweiten Wahlgang für sich politisch kapitalisieren können, indem er seine Unterstützung für einen der beiden Kandidaten in der Stichwahl nutzbar machte. Aber selbst Paa Kwesi Nduom – der bereits unter Kufuor Wirtschaftsminister, Energieminister und zuletzt bis 2007 Minister für Public Sector Reform war – kam nur auf enttäuschende 1,4 Prozent, was auf die fehlenden dezentralen Parteistrukturen der CCP zurückzuführen ist. Es deutet darüber hinaus auch auf die geringe politische Wirkung der Fernsehdebatten hin.

FÜR BEIDE LAGER STAND VIEL AUF DEM SPIEL

Neben dieser brisanten politischen Ausgangskonstellation stand auch in dieser Wahl materiell viel auf dem Spiel. Es ging dabei zunächst um die Frage, wer in die Lage versetzt würde, unmittelbaren Zugriff auf die aus dem nicht unerheblichen wirtschaftlichen Boom, mit Wachstumsraten von sechs Prozent und mehr, entstehenden Erträge zu bekommen. Es

11 | Die Debatten wurden vom IEA organisiert. Dabei kamen nur jene Präsidentschaftskandidaten zum Zuge, deren Parteien mit mindestens einem Abgeordneten im Parlament vertreten waren. Dieses Verfahren provozierte erhebliche öffentliche Diskussionen und Proteste jener Kandidaten, die nicht zum Zuge kamen.

ist kein Geheimnis, dass viele Mitglieder der Kufuor-Administration, der Präsident selbst eingeschlossen, während ihrer Amtszeit auch erhebliche persönliche Profite realisieren konnten, die nicht aus den relativ bescheidenen Gehältern zu erklären sind. Eine klare Trennung von Verwaltung und politischer Exekutive gibt es in Ghana noch nicht. Und die Korruption ist in den letzten Jahren der Kufuor-Regierung eher gewachsen. Mithin lässt sich auch in Ghana beobachten, dass persönlicher wirtschaftlicher Erfolg dem politischen nachfolgt.

Es ist kein Geheimnis, dass viele Mitglieder der Kufuor-Administration, der Präsident selbst eingeschlossen, während ihrer Amtszeit auch erhebliche persönliche Profite realisieren konnten

Dieser Zusammenhang gewann in den letzten zwei Jahren noch einmal stark an Bedeutung, nachdem vor Ghanas Küste Erdölfunde in nicht unerheblicher Größenordnung gemacht wurden. Diese Erdölvorkommen sind zwar schon länger bekannt, aber erst ab einem Preis um 70 US-Dollar pro Barrel wird eine Förderung wirtschaftlich interessant. Der Beginn der Förderung wird Ende 2010, also in der Mitte der kommenden Legislaturperiode erwartet – vorausgesetzt die Ölpreisentwicklung ermöglicht einen wirtschaftlichen Gewinn.

Trotz des von Präsident Kufuor persönlich eingeschalteten norwegischen Ölministers – als Alternative zu einer Zusammenarbeit mit Nigeria – lässt das sonstige Verhalten der NPP-Administration Zweifel daran aufkommen, dass Transparenz, nachhaltige Investitionen in die Zukunft und soziale Ausgewogenheit bei der Nutzung dieser neuen Ressource im Vordergrund stehen würden. Diese Zweifel werden vor allem auch durch die Person des NPP-Präsidentschaftskandidaten Nana Akufo-Addo genährt, von dem im Vergleich zu seinem Vorgänger weniger die Tendenz zur Schaffung einer ausgewogenen wirtschaftlich-sozialen Entwicklung erwartet wird.¹²

Inwieweit sich diese Situation durch eine zukünftige NDC-Administration anders darstellen wird, bleibt zunächst abzuwarten.

Weiteren Konfliktstoff bildeten umstrittene Anti-Korruptionsverfahren gegen ehemalige NDC-Minister, mit denen Kufuor

12 | So befand in einem persönlichen Gespräch ein Träger des Deutschen Afrikapreises aus Ghana zur Einschaltung des norwegischen Energieministers: „Kufuor wants just to avoid by all means that his arch rival Akufo-Addo will cash in on the future oil revenues.“

gleich zu Anfang seiner Regierungszeit ein Zeichen setzen wollte. Diese Gerichtsverfahren wurden nicht nur von der NDC als überwiegend parteipolitisch motiviert bewertet, weil die Justiz nicht mit gleicher Konsequenz gegen inzwischen erkennbare Vergehen von Mitgliedern der NPP-Regierung vorgeht. Selbst Präsident Kufuor, der 2000 mit dem Slogan „Zero tolerance against corruption“ angetreten war, sah sich kurz

Wer auch immer Verlierer dieser Wahlen sein würde, er musste damit rechnen, dass es zu einer Fortführung von teilweise politisch motivierten Justizverfahren kommen könnte.

nach seiner Machtübernahme im so genannten Hotel Kufuor-Fall Korruptionsvorwürfen ausgesetzt. Wer auch immer Verlierer dieser Wahlen sein würde, er musste also damit rechnen, dass es zu einer Fortführung von teilweise politisch motivierten Justizverfahren kommen könnte, eine Folge der nach wie vor nicht gegebenen sauberen Trennung zwischen den für Demokratie und Rechtsstaat relevanten Institutionen Ghanas.

Vor dem Hintergrund dieser interessengeleiteten Überlegungen wurden natürlich auch Debatten über Sachthemen und Zukunftsstrategien für das Land geführt, die aber durchweg von den Antagonisten nicht mit der gleichen Nervosität wahrgenommen wurden wie die oben genannten heiklen und heißen Themen. Die bereits erwähnten Fernsehdebatten, die sowohl mit den Präsidentschaftskandidaten als auch ihren *Running Mates* (Vizepräsidentschaftskandidaten) stattfanden, waren weniger ein Austausch von Argumenten als vielmehr ein begrenzt öffentlichkeitswirksames Forum für die Präsentation der jeweiligen – in der Gesamtheit unrealistischen – Parteiprogramme. Die sich bietende Chance für kritisches Nachfragen wurde nicht genutzt.

DAS WAHLSYSTEM

Die Verfassung der Republik Ghana aus dem Jahre 1992 sieht ein Präsidialsystem mit einem starken Staatschef vor, der zugleich der Regierung vorsitzt und Oberbefehlshaber der Armee ist. Darüber hinaus besitzt er eine Vielzahl anderer Kompetenzen wie die Besetzung verschiedenster öffentlicher Ämter. Das geht bis hinunter auf die Kommunalebene (Distrikte), wo der Präsident nicht nur die Chefs der Kommunalverwaltung, die District Chief Executives (DCEs), sondern auch 30 Prozent der Mitglieder der Distriktparlamente ernennt.

Der alle vier Jahre zu wählende Präsident braucht zu seiner Wahl die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, also

50 Prozent plus eine Stimme. Erreicht keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang diesen Stimmenanteil, ist innerhalb von 21 Tagen ein zweiter Wahlgang mit einem Stichwahlverfahren zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen aus dem ersten Wahlgang durchzuführen. Verfassungsmäßig ist die Präsidentschaft eines Kandidaten auf zwei Legislaturperioden beschränkt. Zwischen dem ersten Wahlgang am 7. Dezember des Wahljahres – dieses Datum ist unabhängig davon, auf welchen Wochentag es fällt, von der Verfassung so festgelegt – und der Einführung des Präsidenten im darauf folgenden Jahr liegt genau ein Monat. D.h. nach einer Stichwahl bleiben dem neuen Präsidenten bis zu seiner Amtseinführung am 7. Januar nur eineinhalb Wochen zur Regierungsbildung.

Ebenfalls am 7. Dezember und auch für vier Jahre wird das aus 230 Mitgliedern bestehende Parlament gewählt. Es gilt ein Mehrheitswahlrecht, bei dem in einem einzigen Wahlgang die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Wahl ausreicht. Um Minister in der vom Präsidenten ernannten Regierungsmannschaft zu werden, benötigt man in der Regel ein Parlamentsmandat.

REFORMBEDARF BEI VERFASSUNG UND POLITISCHEM SYSTEM

Aus dieser Konstellation und aus den umfangreichen Befugnissen des Präsidenten etwa im Überstimmungs-/Vetorecht gegenüber Parlamentsmehrheiten gegen seine Politik entsteht ein starkes Ungleichgewicht im politischen System mit einer deutlichen Überbetonung der Exekutive gegenüber dem gesetzgebenden und kontrollierenden Organ.

Ein starkes Ungleichgewicht im politischen System mit einer deutlichen Überbetonung der Exekutive

Gegenüber der Judikative ist dieses Ungleichgewicht nicht in gleichem Maße gegeben. Verfassungsmäßig und de facto verfügt das ghanaische Rechtssystem über ein großes Maß an Unabhängigkeit. Übergriffe erfolgen eher aufgrund von politischen Affinitäten oder verborgenem Druck, wie die oben gegebenen Beispiele bei den Korruptionsverfahren gegenüber Mitgliedern der Vorgängerregierung zeigen.

Das Ungleichgewicht der Säulen des politischen Systems war in Ghana seit 1992 immer ein Thema. Wie schon in den Wahlen zuvor wurde daher auch in diesem Wahlkampf häufiger

die Forderung nach einer Revision der Verfassung von 1992 erhoben. So fordert beispielsweise die jeweilige Oppositionspartei seit 1992 die Wählbarkeit der District Chief Executives (DCEs), um dieses Ansinnen, sobald sie an die Macht gekommen ist, wieder zu vergessen. Keine Administration hat sich an dieses Thema herangewagt, zum einen, weil es für die jeweilige Regierung durchaus komfortabel ist, mit großer Machtfülle ausgestattet zu sein, zum anderen, weil man genuine Befürchtungen hegte, dass eine Aufweichung der Verfassung durch öffentliche Debatten den Rechts- und Verfassungsstaat insgesamt schwächen könnte.

Im Zusammenhang mit möglichen Verfassungsdebatten sind noch zwei weitere Aspekte zu nennen, zum einen der seit einiger Zeit ins Stocken geratene Dezentralisierungsprozess, zum anderen das Verhältnis zwischen traditioneller Herrschaft und Rechtsprechung und dem modernen politischen und juristischen System.

Wie in vielen afrikanischen Ländern wird in der politischen Debatte sehr wohl und ausgesprochen deutlich darauf hingewiesen, dass zu einem gerechten und funktionierenden politischen System eine adäquate Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen gehört, und dass eine solche Beteiligung nur erreicht werden kann, wenn sich das politische und das Verwaltungssystem den realen Lebenswelten der Menschen nähert, mithin eine klare Dezentralisierung stattfindet.

So eindeutig der Diskurs, so halbherzig wurde die Dezentralisierung bisher durchgeführt.

So eindeutig der Diskurs, so halbherzig wurde diese Dezentralisierung bisher durchgeführt.

Weder dürfen sich politische Parteien auf

Distriktebene zur Wahl stellen, noch werden die Verwaltungschefs (DCEs) der 170 Distrikte, wie oben bereits erwähnt, gewählt, noch ist es verständlich, warum 30 Prozent der Ratsmitglieder nicht gewählt, sondern vom Präsidenten ernannt werden. Neben diesen politischen Defiziten sind die bisher unausgewogenen bzw. geringen Kompetenzzuweisungen an die Distrikte anzuführen. Diese verfügen bisher weder über ausreichende eigene Finanzmittel noch über genügend von der Zentralregierung stammende Mittelzuweisungen. Außerdem sind die Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten der Distrikträte und -verwaltungen sehr eingeschränkt. Die Konsequenz aus diesen Defiziten liegt in einer klaren Dominanz der Zentralregierung und auch der zehn Regionen des Landes, denen jeweils ein vom Präsidenten

ernannter Regionalminister mit Kabinettsrang vorsteht.

Eine Dezentralisierung der Verwaltung alleine führt allerdings nicht dazu, dass die Bevölkerung ihre politischen und sozialen Lebensumstände auf Kommunalebene mitgestaltet. Das zeigt auch eine neuere Untersuchung zu den Auswirkungen der bisherigen Dezentralisierungsbemühungen:

„Grassroots participation in local governance is generally weak. A majority of Ghanaians seem reluctant or unable to take advantage of whatever opportunities decentralization reforms have created for popular participation.“¹³

Es sind somit neben der Verwaltungsdezentralisierung tatsächliche politische Entscheidungskompetenzen an die dezentralen Gebietskörperschaften zu übertragen. Darüber hinaus sind erhebliche Investitionen in politische Bildung und die Förderung von Kapazitäten und Kompetenzen zu einer wirksamen Teilhabe an politischen Prozessen notwendig.

Ähnlich reformbedürftig ist das Verhältnis zwischen traditionellen Führern und modernem Staat. Eigentlich ist Ghana vorbildlich in der weitgehenden Anerkennung der Existenz eines dualen Herrschaftssystems, denn die Rolle der traditionellen Führer für das geregelte Zusammenleben gerade im ländlichen Bereich kann nicht bestritten werden. So erkennt das ghanaische Staatsrecht den regionalen Houses of Chiefs und dem entsprechenden nationalen House of Chiefs Verfassungsrang zu. Und es erkennt zugleich eine, wenn auch eingeschränkte, Rechtsprechungshoheit der traditionellen Führer in Land- und Bodenrechtsfragen sowie in Fragen des Familien- und des Erbrechts an. Trennlinie und Synergie zwischen den beiden Systemen sind aber keineswegs völlig klar definiert, so dass es immer wieder zu Unklarheiten und für die Bürgerinnen und Bürger schwer überschaubaren Doppelstrukturen und -zuständigkeiten kommt, die jeweils ihre eigenen zeitlichen und materiellen Tribute bei der Regelung von politischen und rechtlichen Sachatbeständen von den Betroffenen fordern. Für die Wahlen von besonderer Bedeutung sind zwei weitere mit Verfassungsrang ausgestattete Institutionen, einerseits

13 | CDD-Ghana (2008): „Popular opinions on Local Government in Ghana“, Afrobarometer Briefing Paper No. 52, August 2008, S. 6 (29.12.2008: <http://www.afrobarometer.org/papers/AfrobriefNo52.pdf>).

die Electoral Commission (EC), andererseits die National Commission for Civic Education (NCCE).

Die EC hat sich in Ghana aufgrund ihrer Unabhängigkeit und ihrer Kompetenz einen guten Ruf erworben. Ihr Vorsitzender Kwadwo Afari-Gyan wurde schon 1992 von J. Rawlings eingesetzt und seitdem nicht ausgewechselt, da auf Lebenszeit ernannt. Ihre Mitglieder sind häufig als Berater beim Aufbau von Wahlkommissionen in anderen afrikanischen Ländern aufgetreten. Insgesamt hat die Kommission ein hohes Vertrauen bei den politischen Parteien und in der Bevölkerung, weil ihre Zusammensetzung nicht den in anderen afrikanischen Ländern üblichen politischen Opportunitäten folgt.

Dennoch hatte die Kommission vor diesen Wahlen mit Widrigkeiten und Fragen zu kämpfen, deren Beantwortung ihr zum Teil harsche Kritik einbrachte. So gab es in Ghana lange Zeit eine Debatte über die Möglichkeit der Zuerkennung des aktiven Wahlrechts für im Ausland lebende Ghanaerinnen und Ghanaer, zumindest bei den Präsidentschaftswahlen. Diese Frage ist angesichts von nahezu zwei Millionen Auslandsghananern, deren Finanztransfers in die Heimat zudem weitaus höher sind als die gesamte nach Ghana fließende Entwicklungshilfe, von großer Bedeutung.

Die Debatte wurde sehr intensiv und oft mit sachfernen Argumenten geführt, weil politische Parteien sich gegenseitig vorwarfen, auf diesem Wege einerseits ihr Wählerpotenzial, andererseits aber auch die Möglichkeiten zur Wahlfälschung zu vergrößern. Die Entscheidung der Wahlkommission fiel dann ausdrücklich auf der Basis pragmatischer Überlegungen. Den Grundsatz anerkennend, dass ein Wahlrecht für alle Ghanaer wünschenswert sei, wurde auf die mangelnden administrativen und finanziellen Mittel hingewiesen, einen solchen Prozess auch transparent und effizient zu verwalten. Es wurde also dem Prinzip der Fairness und Regelgerechtigkeit der Vorrang vor der Inklusivität gegeben, ein verständliches Urteil, das natürlich auch Kritik erfuhr, letztlich aber von allen Seiten anerkannt wurde.¹⁴

Weniger geschickt zeigte sich die Wahlkommission bei der Aktualisierung des ghanaischen Wählerverzeichnisses, in einem

14 | Eine ähnliche Diskussion hatte bereits im Vorfeld zu den Wahlen in 2004 stattgefunden.

Land ohne verlässliches Melderegister und ohne Ausweispflicht eine hochpolitische und verwaltungstechnisch schwierige Prozedur. Hier kam es nachweislich zu vielen Unregelmäßigkeiten, vor allem durch die Registrierung von Minderjährigen und von Nichtghanaern. Berichten aus verschiedenen Regionen zu Folge waren bei der Umsetzung dieser Unregelmäßigkeiten beide großen Parteien, wenn auch wahrscheinlich in unterschiedlichem Maße, beteiligt. Nach vielfältigen Protesten gegen das auf diese Weise völlig aufgeblasene Wählerverzeichnis, dessen Gesamtzahl an registrierten Wählern alle demografischen Schätzungen weit übertraf, musste die Kommission einen eigenen Durchgang zur Bereinigung der Wählerregister durchführen, was zu einem deutlich realistischeren Gesamtverzeichnis führte, das stärker im Einklang mit den demografischen Erwartungen stand.

Bei der Aktualisierung des Wählerverzeichnisses kam es nachweislich zu vielen Unregelmäßigkeiten, vor allem durch die Registrierung von Minderjährigen und von Nichtghanaern.

Insgesamt aber muss man der Nationalen Wahlkommission trotz einiger zusätzlicher Irritation anlässlich der amtlichen Feststellung der Ergebnisse der Stichwahl ein hohes Maß an Professionalität und Umsicht bescheinigen. Das ist unzweifelhaft auch eine Folge davon, dass ihre Mitglieder nach professionellen, nicht aber nach politischen Kriterien ausgewählt wurden. Neben dem Vorsitzenden stammen noch einige weitere Mitglieder aus der ersten Kommission von 1992, die noch von Rawlings ernannt wurde. Im Gegensatz zu anderen afrikanischen Ländern führt die ghanaische Wahlkommission übrigens nicht das Prädikat *independent* im Namen, wird ihm aber de facto gerecht.

Die NCCE hat ein dauerhaftes Mandat zur politischen Bildung mit dem besonderen Auftrag der Wählerinformation und -bildung. Ihr obliegt die exakte Information der Wählerinnen und Wähler über den Wahlprozess, inklusive Registrierung und Verhalten am Wahltag. Es ist bemerkenswert, dass sich Ghana eine solche Institution mit Verfassungsrang leistet. Sie kann aber aufgrund einer chronischen Mittelknappheit ihren Aufgaben nur mit der Unterstützung internationaler Geber sowie in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft gerecht werden. Dies gelingt ihr im Allgemeinen gut, wenngleich die hohe Anzahl ungültiger Stimmen, vor allem im komplizierteren ersten Wahlgang, auch nach Auffassung mancher ausländischer Beobachtergruppen, u.a. der EU und der Kirchen, durchaus Anlass sein müsste, die politische Bildung in Ghana noch weiter auszubauen.

DIE BESTIMMUNG DER KANDIDATEN BEI NDC UND NPP

Der oppositionelle NDC kürte seinen Präsidentschaftskandidaten bereits im Dezember 2006. Diese frühe Nominierung geht auf die Parteistatuten zurück, die eine Festlegung zwei Jahre vor dem Wahltermin vorschreiben. Eröffnet wurde die Kandidatenkür des NDC im August 2006. Nach einem intensiven, teilweise öffentlich geführten internen Auswahlverfahren, das durchaus den Kriterien Transparenz und innerparteiliche Demokratie entsprach, wurde Prof. John Atta Mills

Prof. John Atta Mills wurde auf einem am 21.12.2006 durchgeführten Nominierungsparteitag mit 81,4 Prozent der gültigen Stimmen zum Präsidentschaftskandidaten gewählt.

auf einem am 21.12.2006 durchgeführten Nominierungsparteitag mit 81,4 Prozent der gültigen Stimmen zum Präsidentschaftskandidaten gewählt. Er setzte sich gegen drei Mitbewerber durch: den Geschäftsmann Eddie Annan, einen früheren Berater von Präsident Rawlings, Mahama Iddrisu, und den Chef der Commonwealth Telecommunications Organisation, Ekwow Spio-Garbrah. Da Mills der Wunschkandidat des Parteigründers Jerry J. Rawlings war, wurde er gleich verdächtigt, als williger Strohmann von Rawlings zu figurieren. Außerdem hing ihm das Manko zweier Wahlniederlagen an, die ihn bei seinen innerparteilichen Gegnern zum „ewigen Verlierer“ stempelten. Im Laufe des Wahljahres 2008 kamen dann noch Spekulationen über den Gesundheitszustand von Mills auf, die noch durch einen Krankenhausaufenthalt in Südafrika zusätzliche Nahrung erhielten. Es gab Zeiten, da konnten sich politische Beobachter durchaus noch ein Auswechseln des NDC-Präsidentschaftskandidaten vorstellen. Der Strohmann-Verdacht erhielt noch einmal sechs Wochen vor den Wahlen Auftrieb, als sich Rawlings zusammen mit seiner Ehefrau, der politisch ambitionierten Nana Konadu Agyeman-Rawlings¹⁵, mit Spekulationen über einen geeigneten Vizepräsidentenkandidaten, den so genannten *Running Mate* von Mills, zu Wort meldeten, denn es ist üblicherweise alleiniges Prerogativ des Präsidentschaftskandidaten, Vorschläge zu unterbreiten. Mit der Nominierung des Nordghanaers John Dramani Mahama, der nicht auf der Liste der Rawlings stand, konnte Mills dann aber in den Augen der Öffentlichkeit Bedenken zerstreuen, er sei von Rawlings abhängig. Dies war eine wichtige Voraussetzung für einen gelungenen Wahl-

15 | Sie spielte immer eine wichtige politische Rolle und war u. a. während Rawlings' Präsidentschaft als First Lady die Vorsitzende des „31st December Women's Movement“, das sämtliche andere Frauenorganisationen dominierte.

kampf, bei dem auch Wählerinnen und Wähler aus dem gegnerischen Lager zu überzeugen waren, denn Rawlings ist nach wie vor eine Projektionsfigur, an der sich die Geister scheiden, den man also entweder hasst oder liebt. Aus dieser Falle musste sich Mills befreien. Indem der methodistische Christ Mills einen weiteren Christen zu seinem Stellvertreterkandidaten erklärte, machte er zugleich seine Haltung deutlich, dass Religionszugehörigkeit bei der Vergabe öffentlicher Ämter keine Rolle spielen sollte.

Die Kandidatenkür der NPP verlief nicht weniger dramatisch, erfolgte aber erst im Dezember 2007 auf einem zu diesem Zweck einberufenen Nominierungsparteitag. Auf ihm mussten sich die Delegierten zwischen 17 mehr oder minder prominenten Parteimitgliedern entscheiden, die sich allesamt für geeignet hielten – darunter mehrere Minister sowie der aus Nordghana stammende Vizepräsident Aliu Mahama. Gemäß Parteistatut der NPP mussten die Minister sechs Monate vor den Wahlen ihr Amt zur Vermeidung von Interessenskonflikten aufgeben. Für alle Kandidaten galt ferner, dass sie 25 000 US-Dollar in die Parteikasse zahlen mussten. Beobachter fragten sich, wie sich die Bereitschaft, eine so hohe Geldsumme zu investieren, angesichts der Tatsache erklären lässt, dass ein Großteil der Kandidaten nur geringe bzw. von vornherein so gut wie keine Chancen hatte. Letzteres bestätigte sich, denn bis auf die drei Hauptanwärter erhielten alle Kandidaten deutlich weniger als 100 der 2200 Delegiertenstimmen – einer sogar nur eine einzige, wahrscheinlich sein eigene.¹⁶ Was die Quelle der Kandidatengelder betrifft, zusammen immerhin 425 000 US-Dollar, machten Verdächtigungen die Runde, es seien Drogengelder, die auf diese Weise gewaschen werden sollten.¹⁷

Für alle Kandidaten galt, dass sie 25 000 US-Dollar in die Parteikasse zahlen mussten.

16 | Selbst für diesen „lohnte sich“ die Kandidatur jedoch, wurde er doch in der Wahlkampagne Pressesprecher des Teams von Akufo-Addo. Ähnliche Ämter erhielten eine Reihe der anderen unterlegenen Bewerber.

17 | Auf die Verbindung von ghanaischer Politik, Wahlkampf und Drogengeldern hat besonders ein Forscher am Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre (KAIPTC), Dr. Kwesi Aning, hingewiesen. Anlässlich eines Meetings der zivilgesellschaftlichen Coalition of Domestic Election Observers (CODEO) am Centre for Democratic Development im Oktober 2008, an dem einer der Autoren teilnahm, führte er u.a aus: „I am talking about people running for parliament, who are ministers, wanting to run for president.“ Vergl. auch: „Drug money ‚tainting poll‘“, in: BBC Africa News 28.10.2008 (02.01.2009: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7695981.stm>) .

Eine gewisse Dramatik entstand auch deshalb, weil man Präsident Kufuor nachsagte, er habe unter den 17 Anwärtern einen Wunschkandidaten, nämlich den bis zu seinem Rücktritt mächtigen Minister für Handel, Industrie und PSI (Presidential Special Initiatives) Alan Kyeremateng. Kufuor selbst bestätigte dies nie. Kyeremateng, der wie Kufuor aus einer wohlhabenden Ashanti-Familie stammt, ist in der Bevölkerung auch als Alan Cash bekannt. Diese Bezeichnung zielt auf seine Neigung, bei seinen Besuchen auf dem Lande in der Bevölkerung Bargeld zu verteilen. Genau diese Gewohnheit wurde ihm auf dem Nominierungsparteitag zum Verhängnis, als einer seiner Leute dabei beobachtet wurde, wie er Briefumschläge mit Geldnoten in Höhe von ca. 1000 US-Dollar an einige Delegierte verteilte. Das hatte eine mehrstündige Unterbrechung des Parteitages zur Folge. In den frühen Morgenstunden des Folgetages landete Alan Kyeremateng dann

Der frühere Außenminister Nana Akufo-Addo ging mit 1096 gültigen Stimmen als Sieger aus der Prozedur hervor.

nur auf Platz zwei, während sein größter Konkurrent, der frühere Außenminister Nana Akufo-Addo mit 1096 gültigen Stimmen als Sieger aus der Prozedur hervorging.¹⁸

Es wird allerdings kolportiert, dass auch andere Kandidaten auf diese Weise mehrere hunderttausend US-Dollar unter die Delegierten gebracht hätten und dass die Bloßstellung Alan Kyerematengs von den innerparteilichen Gegnern Kufuors inszeniert worden sei. Im April 2008 trat Vorstandsmitglied Kyeremateng wohl auch deshalb vorübergehend aus der NPP aus.

An diesen Vorgängen zeigt sich auch die Zerrissenheit der NPP entlang ethnischer Linien. Nana Akufo-Addo stammt aus einer reichen Familie, die zu der kleinen Gruppe der Akyem gehört, welche bereits Anfang der siebziger Jahre kurz einen Präsidenten, Edward Akufo-Addo, ein Onkel Nana Akufo-Addos, stellte. Diese Ethnie ist, wie die Ashanti, zu denen Kufuor gehört, Teil der Familie der Akan-Völker¹⁹. Die Mitglieder der kleineren Gruppen stehen in starker Konkurrenz zu der

18 | Da diese Stimmen nur 47,96 Prozent des Wahlkollegs ausmachten, die Parteistatuten aber 50 Prozent + eine Stimme erfordern, entstand dann eine Kontroverse darüber, ob ein weiterer Wahlgang nötig wäre. Da es bereits in den Morgenstunden des Folgetages war, drängte Parteivorsitzender Kufuor Kyeremateng dazu, das Handtuch zu werfen, was dieser dann auch tat.

19 | Die Akan-Völker können unterteilt werden in die Asante, Fante, Akwapim, Akyem, Akwamu, Ahanta, Bono, Nzema, Kwahu und Safwi.

weitaus größten Gruppe, den Ashanti. Sie halten es für an der Zeit, wieder den Präsidenten zu stellen. Diese ethnische Rivalität innerhalb der NPP wird durch eine ökonomische Konkurrenz verstärkt und überhöht. Darauf wies bereits ein ghanaischer Politikanalyst im Februar 2007 hin:

„For many Ghanaians today, democracy is all about a dozen rich politicians scrambling to become president. And this is clearly spelt out in the manner the ruling party of Ghana is currently handling its own internal affairs. With scores of wildly optimistic ministers, frantically bracing-up to stand-down in order to contest to become the flag bearer of their overly confident political party, what does that tell the ordinary Ghanaian?“²⁰

Die Frage, ob die ghanaische Politik insgesamt durch Tribalismus gekennzeichnet und damit gehandicapt ist, wird oft mit dem Hinweis verneint, dass die Parteien und damit die Politik schon vom Parteiengesetz her dagegen gewappnet seien. Das Parteiengesetz aus dem Jahre 2000²¹ reproduziert nämlich die Verfassungserfordernis, wonach politische Parteien u. a. einen nationalen Charakter aufweisen müssen und folgende Eigenschaften nicht zutreffen dürfen:

„Political party shall not be formed (a) on ethnic, regional, professional or religious basis; or (b) which uses words, slogans or symbols which could arouse ethnic, regional, professional, or religious divisions.“²²

Weiterhin schreibt das Parteiengesetz vor, dass sämtliche Distrikte Ghanas unter den Gründungsmitgliedern vertreten sein müssen. Auch die Zusammensetzung des nationalen Exekutivkomitees muss diese ethnische Diversifizierung widerspiegeln.

Sicherlich werden diese Vorgaben formal von allen, auch den kleineren Parteien Ghanas eingehalten. Dennoch kann eine zunehmende Ethnisierung der ghanaischen Politik, also auch

20 | Akaebila Akaeri, Francis, „The Fall Of The New Patriotic Party“, GhanaWeb 02.07.2007 (02.01.2009: <http://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/features/artikel.php?ID=126383>).

21 | Political Parties Act, 2000 Act 574

22 | Vergl. z. B. näher: Ninsin, Kwame A. (2007): „Political Parties and Political Participation in Ghana“. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (ed.) 2007: *Parties and Democracy; The KAS Democracy Report 2007*. S. 48

zwischen den Parteien, nicht in Abrede gestellt werden.²³ Sie beeinflusst deshalb nicht nur den Wahlprozess negativ, sondern stellt eine generelle Hypothek für die ghanaische Demokratie dar.

Ironischerweise hat Rawlings während seiner Regierungszeit die Entwicklung der Voltaregion, wo die Ewe leben, eher vernachlässigt.

Zwischen den beiden großen Parteien besteht sie als Antagonismus zwischen den Akan-Völkern und den Ewe, letztere personifiziert durch Jerry Rawlings. Ironischerweise hat Rawlings während seiner Regierungszeit die Entwicklung der Voltaregion, wo die Ewe leben, eher vernachlässigt.²⁴ Auch unter der von Kufuor geführten acht Jahre dauernden NPP-Herrschaft änderte sich nichts an dieser Benachteiligung.

Schließlich wurde die NPP-Kandidatenkür dadurch abgeschlossen, dass Nana Akufo-Addo gegen starke parteiinterne Widerstände mit Dr. Mahamudu Bawumia einen parteilosen Technokraten mit Wirtschaftskompetenz als Running Mate wählte, der Muslim ist und aus dem Norden Ghanas stammt. Diese Wahl wurde von Beobachtern als parteiintern mutig und hinsichtlich der Verbesserung der Wahlchancen als politisch klug kommentiert.

John Evans Atta Mills wurde am 21.07.1944 in Tarkwa in der Western Region von Ghana geboren, ist verheiratet und hat einen Sohn. 1967 Abschluß an der Universität von Ghana, Legon, als Rechtsanwalt. Promovierte an der renommierten School of Oriental and African Studies in London, und

23 | Vergl. z.B.: Aboagye, Abdulai (2006): Tribalism – A Menace We Must All Fight, GhanaWeb 16.11.2006 (02.01.2009: <http://www.ghanaweb.com/GhanaHomePage/features/artikel.php?ID=113966&comment=2416771>) .

24 | Der größte Teil der Voltaregion gehörte bis 1917 zur deutschen Kolonie Togo, wurde dann unter britische Mandatsverwaltung gestellt und entschied sich 1956 im Rahmen eines – umstrittenen – Referendums für den Anschluss an Ghana, dem es seit der Unabhängigkeit in 1957 angehört. Damit wiegt auch in dem demokratischen Mutterland Ghana die koloniale Hypothek schwer und verhindert die Entstehung eines geeinten Nationalstaates, dessen Genesis im 19. und 20. Jahrhundert in Europa die demokratische Entwicklung entscheidend befördert hat. Ein Blick in die Internetforen auf [www.ghanaweb](http://www.ghanaweb.com) zeigt die ethnische Zerrissenheit Ghanas. Dort werden zu fast jedem Artikel hunderte von Kommentaren abgegeben, die zu über 80 Prozent aus dem Austausch politischer und vor allem rassistischer Beleidigungen bestehen. Diese Tendenz lässt sich ebenfalls, wenn auch in subtileren Formen, im täglichen Leben beobachten.

reüssierte anschließend als Fulbright-Stipendiat an der noch renommierten Stanford Law School in den USA.

Bereits mit 27 Jahren Spezialisierung (Doktorarbeit) auf Steuergesetzgebung und wirtschaftliche Entwicklung. Dann Lehrer und Professor an der Juristischen Fakultät der Universität von Ghana, Legon. Dort und an anderen höheren Lehranstalten Lehrer und Professor fast 30 Jahre lang, auch weltweit als Gastprofessor tätig. Während dieser Zeit Veröffentlichung von etwa einem Dutzend Publikationen auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung und verwandten Feldern.

Ebenfalls Inhaber einer Anzahl von Positionen in öffentlichen Institutionen und Organisationen gemäß fachlicher Qualifikation. Dazu gehörten u.a. Aufsichtsratsmitglied der Ghana Stock Exchange, Mitglied des Kuratoriums der Minenaufsicht, Mitglied des Management Komitees der Commonwealth Verwaltung für Steuerexperten, Mitglied der UN-ad-hoc-Gruppe von EZ-Experten für Steuerfragen und Mitglied des UN-Rechts- und Bevölkerungsprojekts.

Darüber hinaus Ernennung auf folgende Positionen: 1988 kommissarischer Leiter der ghanaischen Steuerbehörde (IRS), 1997 Vizepräsident der Republik Ghana, 2002, Visiting Scholar am Liu Centre für Globale Studien, Universität British Columbia, Kanada, und im Dezember 2000 und 2004 Präsidentschaftskandidat des NDC. Im Dezember 2006 erneut Wahl zum Präsidentschaftskandidaten des NDC.

Nana Addo Dankwa Akufo-Addo wurde am 29.03.1944 in Ghana geboren, ist verheiratet und hat fünf Kinder. Ausbildung zunächst an der Universität von Ghana, Legon, 1967 Bachelor in Wirtschaftswissenschaften. Danach Ausbildung am Lancing College, Sussex, England, zum Rechtsanwalt. Seit Juli 1971 Akkreditierung an der englischen (Middle Temple) und ab Juli 1975 an der ghanaischen Rechtsanwaltskammer. U.a. Mitarbeit bei einem US-Rechtsanwaltsbüro, von 1971 bis 1975 in deren Pariser Kanzlei. Von 1975 bis 1979 Juniorpartner der Kanzlei U.V. Campbell, 1979 Seniorpartner und Mitbegründer der renommierten Kanzlei Akufo-Addo, Prempeh & Co.

Bekleidung einer Anzahl ehrenamtlicher Positionen, u.a. Generalsekretär des People's Movement for Freedom and Justi-

ce (PMFJ) 1977 bis 1978; Vizepräsident der Greater Accra Regional Branch of Ghana Bar Association von 1989 bis 1991; Präsident der Greater Accra Regional Branch of Ghana Bar Association von 1991 bis 1996 sowie Gründer und erster Vorsitzender des Ghana Committee on Human and People's Rights.

1992 Gründungsmitglied der NPP, gehört seitdem dem National Council und dem Exekutivkomitee der Partei an; leitete als Vorsitzender eine Anzahl von Komitees wie das NPP Internal Affairs Committee (1996); das NPP Legal & Constitutional Affairs Committee (1996-2000); das NPP Political Committee (1992-1996); 1996 Sekretär des NPP Policy Advisory Committee.

Darüber hinaus war er von 1991 bis 2001 Herausgeber der Tageszeitung *The Statesman* und *The Weekend Statesman*, einem NPP-Presseorgan.

1992, 1996 und 2000 war er NPP-Parlamentskandidat für den Wahlkreis Abuakwa.

Unter der Regierung John Kufuor war er von 2001 bis 2003 Generalstaatsanwalt und Justizminister, anschließend Außenminister bis Juli 2007, Rücktritt entsprechend den NPP-Parteistatuten, um sich in der Partei um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten zu bewerben. Im Dezember 2007 Ernennung durch die NPP zum Kandidaten auf dem Nominierungsparteitag.

DER WAHLKAMPF – EIN FEST DER FREIEN MEINUNGSÄUSSERUNG

Der Wahlkampf wurde von beiden Parteien mit großem Aufwand, aber mit unterschiedlichen Strategien geführt.

Nana Akufo-Addo setzte vor allem auf den massiven Einsatz von Medien und Plakatierung. Sein Konterfei sowie die Bilder der NPP-Kandidaten in den Wahlkreisen waren überall zu sehen. Bereits im Vorwahlkampf hatte der NPP-Kandidat großräumig plakatieren lassen; dies wurde dann noch einmal verstärkt. Hinzu kam eine große Zahl von Fernseh- und Radiospots.

Auch der NDC setzte auf Radio und Fernsehen, vor allem aber begann der Kandidat Atta Mills schon sehr früh im Jahre 2008 mit einer Tür-zu-Tür-Kampagne im ganzen Land. Es wird geschätzt, dass ihn am Wahltag ca. 20 Prozent der wahlberechtigten Ghanaerinnen und Ghanaer in ihrer Wohnnähe zu Gesicht bekommen haben. Zu Anfang von seinen Gegnern belächelt, scheint dies eine äußerst erfolgreiche Methode zur Bindung von Wählern an die Partei gewesen zu sein.

Nur die beiden großen Parteien verfügen über Strukturen, die eine Mobilisierung im ganzen Lande ermöglichen, wobei der NDC aufgrund seiner aus einer militärischen Organisation hervorgegangenen Struktur flächendeckender und effizienter aufgestellt ist als die NPP.

Andererseits verfügen die NPP als Partei sowie viele ihrer Kandidaten, besonders auch der Präsidentschaftskandidat selbst, über erhebliche Finanzmittel, um eine starke Kampagne durch die „unabhängigen Medien“ zu organisieren. Und darüber hinaus floss offensichtlich im Wahlkampf auch sehr viel direktes Geld. Allerdings gab es viele Wähler, die, dazu u.a. von den aufmerksamen Organisationen der Zivilgesellschaft aufgefordert, das Geld und andere Wahlgeschenke der jeweiligen Kandidaten gerne annahmen, sich aber ihre tatsächliche Wahlentscheidung vorbehielten.²⁵

Insgesamt waren Zivilgesellschaft und Kirchen, vor allem der Christian Council of Ghana, sehr aktiv in der Begleitung des Wahlkampfs. Sie führten Aufklärungskampagnen zu den Wahlprozeduren durch und machten immer wieder und deutlich auf die Notwendigkeit von friedlichen und transparenten Wahlverfahren aufmerksam. Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Coalition of Domestic Election Observers (CODEO) wurde bereits weiter oben erwähnt.

Insgesamt waren Zivilgesellschaft und Kirchen, vor allem der Christian Council of Ghana, sehr aktiv in der Begleitung des Wahlkampfs.

Es war daher auch mit dem Institute for Economic Affairs (IEA) eine zivilgesellschaftliche Organisation, welche die drei Fernseh- und Radiodebatten der Präsidentschaftskandidaten und ihrer Stellvertreter organisierte, eine informative Neue-

25 | So beobachteten wir während einer Kampagne der NPP in Tamale, im Norden Ghanas, enthusiastische NPP-Slogans rufende junge Männer in T-Shirts dieser Partei, die, von uns nach ihrer persönlichen Parteienpräferenz befragt, spontan antworteten: „NDC natürlich!“

rung, der es aber noch an direkter Auseinandersetzung zwischen den Kandidaten mangelte.

Das Landesprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte bereits im 4. Quartal 2007 begonnen, im Rahmen sämtlicher Seminaraktivitäten mit Frauen, Jugendlichen und Geschäftsleuten sowie traditionellen Führern die Bedeutung der Wahlen und ihren friedlichen Charakter zu thematisieren. Darüber hinaus wurden in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium Angehörige der Sicherheitskräfte auf die Notwendigkeit ihrer Neutralität geschult und im Rahmen dieser Workshops auch eine Plattform für Interaktionen mit politischen Parteien geschaffen. Regionaler Schwerpunkt dieser Veranstaltungen war Nordghana, hier vor allem die als so genannter *Hotspot* bezeichnete Dagbon Region um Tamale herum.

Die Parteiprogramme und -paraphernalia waren überall im Land zu kaufen und wurden von den Anhängern freudig zur Schau gestellt, ohne dass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen wäre. Der Wahlkampf machte den Eindruck, dass mit Freude die Möglichkeit zur Darstellung von Gegensätzen angenommen wurde. So wurden in Bars, in den öffentlichen Verkehrsmitteln und selbst bei privaten Feiern immer wieder engagierte Debatten zu den Wahlen geführt, die aber stets friedlich und, ohne in Feindseligkeiten auszuarten, endeten. Innerhalb von Familien und Freundeskreisen gab es eine bemerkenswerte Vielfalt politischer Tendenzen.

Und die Handzeichen der Parteien, ein nach vorne weisender Kängurusprung als Zeichen des Voranschreitens bei der NPP und eine kreisende Bewegung der Hände als Zeichen des Wandels beim NDC, wurden bei allen sich ergebenden Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht. In dieser Hinsicht waren die Wahlen absolut frei und offen.

Leider kam die thematische Auseinandersetzung nicht genügend zum Zuge, was allerdings angesichts des Standes der politischen Information und Bildung im Lande nicht verwundern kann.

Noch einmal verschärft wurden die Wahlkampfbemühungen, vor allem bei der von ihrem mäßigen Abschneiden im ersten Wahlgang enttäuschten NPP, vor der Stichwahl für das Präsidentenamt.

Noch einmal verschärft wurden die Wahlkampf-
bemühungen, vor allem bei der von ihrem
mäßigen Abschneiden im ersten Wahlgang
enttäuschten NPP, vor der Stichwahl für das
Präsidentenamt. Dabei kam dann auch die

Regierungsmaschine mit zum Einsatz, indem die Preise für Treibstoffe – offiziell mit dem fallenden Weltmarktpreis begründet – unmittelbar nach dem 7. Dezember drastisch gesenkt wurden. Außerdem wurde ein 100-Millionen-Dollar-Entwicklungsprogramm für den Norden versprochen, und die Produzentenpreise für Kakaobohnen wurden erhöht. Viele Kommentare verwiesen aber auf die Durchsichtigkeit dieser Manöver und sprachen ihnen letztlich keine Wahlrelevanz zu.

Erstaunlich war während des gesamten Wahlkampfes die Zurückhaltung des amtierenden Präsidenten Kufuor, der sich selten vor den NPP-Wahlzug spannen ließ.

Und auch Ex-Präsident Rawlings – sonst eher ein Mann der harschen Worte – war zwar im Wahlkampf sehr aktiv, fiel aber eher durch sachbezogene und gemäßigte Statements auf.

Der Wahlkampf endet jeweils zwei Tage vor den Wahlen. Zum ersten Wahlgang wurden die Grenzen zum Nachbarland Togo geschlossen, weil man von dort eine Einreise togoischer Bürgerinnen und Bürger befürchtete, die illegal – wohl vor allem zugunsten des NDC – wählen könnten. Diese regional begrenzte Maßnahme wurde kritisiert, sodass zum zweiten Wahlgang auch die Grenzen zu Burkina Faso und Côte d'Ivoire geschlossen wurden.

ERGEBNISSE DER PARLAMENTS- UND PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN AM 7. DEZEMBER 2008²⁶

Bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurden 8671272 Stimmen abgegeben, wovon 205438, d. h. 2,4 Prozent, ungültig waren. Der Anteil der ungültigen Stimmen ist damit höher als insgesamt die kleineren Parteien einschließlich der unabhängigen Kandidaten an Stimmen erhielten. Wahlberechtigt waren 12472758 Wähler, die Wahlbeteiligung betrug 69,52 Prozent.

26 | Sämtliche hier verwendete Zahlen stammen von der Ghana News Agency (GNA) auf der Grundlage der veröffentlichten Wahlstatistiken des Research und Monitoring Departments der Electoral Commission.

PARLAMENTSWAHLEN

Ghana besteht aus zehn Regionen, von denen der NDC im Jahr 2008 in sieben Regionen die Mehrheit erringen konnte, nämlich in Greater Accra, Central, Western, Volta, Northern, Upper West und Upper East. Die NPP eroberte die übrigen drei Regionen Ashanti, Brong Ahafo und Eastern.



Im Jahr 2004 hatte die NPP noch sechs Regionen für sich gewinnen können, von denen sie 2008 Greater Accra, Central und Western an den NDC verlor. Wobei eine nähere Betrachtung zeigt, dass die NPP selbst in der Eastern Region, der Heimat von Nana Akufo-Addo und als Akangebiet eine der Hochburgen der NPP, drei Prozent gegenüber 2004 verloren hat.

Eine nähere Betrachtung zeigt, dass die NPP selbst in der Eastern Region, der Heimat von Nana Akufo-Addo und als Akangebiet eine der Hochburgen der NPP, drei Prozent gegenüber 2004 verloren hat.

An den Parlamentswahlen nahmen insgesamt zehn Parteien teil, von denen nur vier Parlamentssitze erringen konnten, außerdem waren noch vier unabhängige Kandidaten erfolgreich.

Sitzverteilung im Parlament 2004 und 2008

Wahljahr:	2008		2004	
	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent
Politische Partei				
National Democratic Congress (NDC)	114	49,57	91	39,57
New Patriotic Party (NPP)	107	46,52	128	55,65
People's National Convention (PNC)	2	0,86	4	1,74
Convention People's Party (CPP)	1	0,43	3	1,30
Democratic Freedom Party (DFP)	0			
Democratic People's Party (DPP)	0			
Great Consolidated Popular Party (GCPP)	0			
Ghana National Party (GNP)	0			
National Independence Party (NIP)	0			
New Vision Party (NVP)	0			
Unabhängige	4	1,74	1	0,43
Insgesamt	228**		227*	

* +3 so gennante *undeclared seats*

** noch Nachwahlen in zwei Wahlkreisen

In der vergangenen Legislaturperiode waren nur 25 Frauen im ghanaischen Parlament vertreten; das entspricht einem Anteil von nur knapp elf Prozent. Damit lag Ghana unter dem für Afrika südlich der Sahara festgestellten Durchschnitt von 17,5 Prozent weiblichen Abgeordneten.²⁷ Bereits vor den Wahlen stand fest, dass dieser Anteil noch einmal sinken würde, da in den Nominierungsverfahren, den so genannten *Primaries*, bei beiden großen Parteien viele weibliche Parlamentsabgeordnete nicht wieder für ihren Wahlkreis aufgestellt wurden. Einige prominente Vertreterinnen verzichteten sogar von vornherein. Von denen, die dann doch zur Wahl antraten, verloren einige gegen die männliche Konkurrenz von der jeweiligen Gegenpartei. Mit der Ernennung einer weiblichen Parlamentspräsidentin, der ehemaligen Supreme Court-

27 | Wobei in einigen Parlamenten ein Frauen-Mindestanteil durch Ernennung sicher gestellt wird.

Mit der Ernennung einer weiblichen Parlamentspräsidentin, der ehemaligen Supreme Court-Richterin Joyce Bamford-Addo, hat Präsident Atta Mills ein politisches Zeichen gegen den stark gesunkenen Frauenanteil im neuen Parlament gesetzt.

Richterin Joyce Bamford-Addo, hat Präsident Atta Mills immerhin ein politisches Zeichen gegen den stark gesunkenen Frauenanteil im neuen Parlament gesetzt. Mit Samia Nkrumah, einer Tochter des ersten Staatschefs Kwame Nkrumah, zieht übrigens eine zwar ganz frische, aber aufgrund ihres Namens prominente Politikerin ins neue Parlament ein.

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Zur ersten Runde der Präsidentschaftswahlen traten insgesamt acht Kandidaten an. NPP-Kandidat Nana Akufo-Addo erhielt 4 159 439 Stimmen, das entspricht einem Anteil von 49,13 Prozent der abgegebenen Stimmen. NDC-Kandidat Atta Mills konnte 4 056 634 Stimmen auf sich vereinigen, das entspricht 47,92 Prozent.

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2008 und 2004

Politische Partei	Kandidat	Prozent 2008	Prozent 2004
National Democratic Congress (NDC)	John Atta Mills	50,23	44,5
New Patriotic Party (NPP)	Nana Addo-Kuffo John A. Kufuor	49,77 -	- 52,7
People's National Convention (PNC)	Edward Mahama	0,87	1,9
Convention People's Party (CPP)	Paa Kwesi Nduom George Aggude	1,34 -	- 1,0
Democratic People's Party (DPP)	E. Ansah-Antwi	0,33	-
Independent	K. Amofo Yeboah	0,23	-
Democratic People's Party (DPP)	T. N. Ward Brew	0,10	-
Reformed Patriotic Democrats (RPD)	Kwabena Adjei	0,08	-

Die übrigen Kandidaten waren Dr. Paa Kwesi Nduom von der Convention People's Party (CPP) als Dritter mit 113 494 Stimmen, d. h. 1,34 Prozent, gefolgt von Dr. Edward Mahama von der People's National Convention (PNC) mit 72 494, d. h. 0,87 Prozent, und Emmanuel Ansah-Antwi von der Democratic People's Party (DPP) mit 27 889 Stimmen, d. h. 0,33 Prozent.

Die restlichen sind Kwesi Amofo Yeboah, ein unabhängiger Kandidat, der 19 342 Stimmen, d. h. 0,23 Prozent, erhielt, Thomas Nuako Ward Brew von der Democratic People's Party

(DPP) mit 8653, d. h. 0,10 Prozent, und Kwabena Adjei von den Reformed Patriotic Democrats (RPD) mit 6 889 Stimmen, d. h. 0,08 Prozent.

ERGEBNISSE DER STICHWAHL

AM 28. DEZEMBER 2008 UND 2. JANUAR 2009

An der Stichwahl nahmen die beiden bestplatzierten Kandidaten des ersten Wahlgangs teil, Nana Akufo-Addo (NPP) und John Atta Mills (NDC). Die Wahlbeteiligung lag mit 72,9 Prozent, d. h. 9 094 364 Stimmen etwas höher als am 7. Dezember. Mit 92 886 Stimmen, d. h. 1,02 Prozent, lag die Zahl der ungültigen Stimmen deutlich unter dem Anteil des ersten Wahlgangs. Das ist zum einen darauf zurückzuführen, dass es sich jetzt nur um einen Wahlzettel mit lediglich zwei Auswahlmöglichkeiten handelte, im Gegensatz zum ersten Wahlgang, als zwei verschiedene Wahlzettel mit weitaus größeren Auswahlmöglichkeiten ausgefüllt werden mussten. Darüber hinaus muss allerdings kritisch angemerkt werden, dass im ersten Wahlgang selbst beim Personal der Wahllokale Unsicherheit darüber herrschte, was eine ungültige Stimme ausmacht. So sah sich die Wahlkommission noch am Wahltag genötigt, in Radioansagen darauf hinzuweisen, dass Stimmen auch dann gültig sind, wenn ein Daumenabdruck nicht im dafür vorgesehenen Kreis hinter dem Parteiensymbol erfolgt, sondern auf dem Symbol selbst oder auch sonst eindeutig zuzuweisen ist.

Mit 92886 Stimmen, d. h. 1,02 Prozent, lag die Zahl der ungültigen Stimmen deutlich unter dem Anteil des ersten Wahlgangs.

Erwartungsgemäß war in den jeweiligen Partei-Hochburgen die Wahlbeteiligung am höchsten. In der Ashantiregion erreichte sie 83,31 Prozent, in der Voltaregion 73,11 Prozent. Mit nur 66,48 Prozent fiel sie in der Western Region am niedrigsten aus.

In ihren beiden Hochburgen führen die Kandidaten auch ihr jeweils bestes Ergebnis ein. Nana Akufo-Addo in der Ashanti-region mit 75,0 Prozent, d. h. 1 438 820 Stimmen, die 86,1 Prozent von Prof. Mills in der Voltaregion entsprechen dagegen nur 630 899 Wählerstimmen.

Insgesamt gesehen konnte Atta Mills in der Stichwahl acht von zehn Regionen für sich entscheiden, eine mehr als im ersten Wahlgang. Dabei handelte es sich um die Brong Ahafo Region mit 408 029 Stimmen, d. h. 51,9 Prozent.

Nachdem im Tain-Wahlkreis der Brong Ahafo Region die Wahlunterlagen nicht rechtzeitig eintrafen, war dort am 28. Dezember keine Stichwahl möglich. In den gesetzlich vorgeschriebenen 48 Stunden nach Schließung der Wahllokale konnte die Wahlkommission infolgedessen nur ein unvollständiges Ergebnis aus 229 Wahlkreisen verkünden. Danach führte Atta Mills mit 4501466 Stimmen, d. h. 50,13 Prozent, gegenüber 4478411 Stimmen, d. h. 49,87 Prozent, für Akufo-Addo. Das repräsentierte eine Differenz von lediglich 23055 Stimmen. Obwohl in dem ausstehenden Wahlkreis, den Mills im ersten Wahlgang am 7. Dezember gewonnen hatte, die Wahl für ihn nicht mehr verloren gehen konnte, waren Nana Akufo-Addo und die NPP nicht bereit, ihre Wahl-niederlage einzugestehen und damit eine inzwischen aufgeheizte Lage im Lande zu entschärfen. Ironischerweise boykottierte die NPP dann auch noch die Nachwahl in Tain und besiegelte damit endgültig ihre Niederlage. Atta Mills erhielt dort dann überwältigende 19566 und Akufo-Addo nur 2035 Stimmen. Am Samstag, dem 3. Januar 2009, verkündete der Vorsitzende der Wahlkommission, Dr. Kwadwo A. Gyan, das vorläufige endgültige Wahlergebnis dann wie folgt:

Am Samstag, dem 3. Januar 2009, verkündete der Vorsitzende der Wahlkommission, Dr. Kwadwo A. Gyan, das vorläufige endgültige Wahlergebnis.

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 2008 nach Regionen (in Prozent)

Region	1. Wahlgang* 07.12.2008		Stichwahl 28.12.08/02.01.09	
	NPP	NDC	NPP	NDC
Greater Accra	46,04	52,13	45,6	54,4
Ashanti	72,34	25,97	75,0	25,0
Eastern	57,05	41,18	57,5	42,5
Central	45,99	50,57	46,2	53,8
Western	47,01	47,68	48,1	51,9
Volta	14,99	82,87	13,9	86,1
Brong Ahafo	50,44	47,75	48,5	51,5
Northern	37,92	57,13	38,4	61,6
Upper East	35,92	56,06	34,4	65,6
Upper West	37,55	54,55	37,7	62,3
Gesamt:	49,13	47,97	49,77	50,23

* Ergibt keine 100 Prozent, da sechs weitere Kandidaten beteiligt waren.

Prof. John Evans Atta Mills, NDC: 4521032 Stimmen, d.h. 50,23 Prozent. Das bedeutet einen Zuwachs von 450195 Stimmen gegenüber dem ersten Wahlgang. Dr. Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, NPP: 4480446 Stimmen, d.h. 49,77 Prozent. Der Zuwachs gegenüber dem ersten Wahlgang beträgt 276,417 Stimmen.

Kraft seines Amtes erklärte der Vorsitzende der EC Prof. Atta Mills damit zum *President-Elect* der Republik Ghana.

EINIGE GRÜNDE FÜR DEN REGIERUNGSWECHSEL

Gleich nach dem ersten Wahlgang wurde Präsident John Kufuor nicht nur von seinen Parteianhängern, sondern auch von der veröffentlichten Meinung als Sündenbock dargestellt. Hauptgrund war sein mangelndes Engagement für den Präsidentschaftskandidaten der eigenen Partei, Nana Akufo-Addo. In diesem Zusammenhang wurde ihm auch vorgeworfen, er habe während der Wahlkampfzeit lieber Auslandsreisen unternommen, um Auszeichnungen entgegen zu nehmen,²⁸ als Wahlkampf zu führen. Dieser Vorwurf steht in Verbindung mit der allgemeinen Wahrnehmung, dass die NPP im Wahlkampf insgesamt sehr arrogant aufgetreten ist. Es entstand zeitweise der Eindruck, sie nehme den politischen Gegner NDC und vor allem ihren Präsidentschaftskandidaten Atta Mills nicht ernst genug. Auf jeden Fall wurde nicht um jede Stimme gekämpft.

Letzteres ist auch Ausdruck dessen, und das wurde in der Öffentlichkeit auch deutlich wahrgenommen, dass die NPP eine innerlich zerrissene Partei ist. Es blieb nicht verborgen, dass nicht nur Präsident Kufuor, sondern die Partei insgesamt nicht geschlossen hinter ihrem Präsidentschaftskandidaten Nana Akufo-Addo stand.

Es blieb nicht verborgen, dass nicht nur Präsident Kufuor, sondern die Partei insgesamt nicht geschlossen hinter ihrem Präsidentschaftskandidaten Nana Akufo-Addo stand.

Was Sachthemen betraf, hatte die NPP als Regierungspartei einen relativ schweren Stand. Kufuor hatte in den letzten acht Jahren konsequent Weltbankforderungen u.a. nach Marktliberalisierung umgesetzt. Das führte zwar zu einer enormen Reduzierung der Inflation, zeitweise unter zehn Prozent, und über Jahre zu hohen Wachstumsraten um sechs

28 | So erhielt er beispielsweise im Rahmen eines Deutschlandbesuchs Ende August 2008 das Bundesverdienstkreuz.

Prozent. Die Früchte des Wirtschaftswachstums kamen aber in der breiten Bevölkerung nicht an. Im Gegenteil, dort sah man sich mit höhern Kraftstoffpreisen, vor allem aber auch steigenden Kosten für Wasser und Strom konfrontiert. Insgesamt ist zwar der Anteil der Armen in Ghana zurückgegangen, die Lebensverhältnisse der immer noch über 25 Prozent absolut Armen in der Bevölkerung haben sich aber dramatisch verschlechtert. Im Wahljahr kamen dann noch die hohen Lebensmittelpreise hinzu. Die sich daraus ergebenden sozialen Spannungen wurden von der Regierung nicht ernst genug genommen, ebenso wie die regionale Benachteiligung Nordghanas.

Auch ein anderer Themenkomplex kostete wertvolle Stimmen. Unter der Kufuor-Regierung wurde den traditionellen Führern wieder mehr Anerkennung entgegengebracht, was u.a. in der Schaffung eines Ministeriums für Traditional Authorities and Cultural Affairs sichtbaren Niederschlag fand. Andererseits kam es aber bei den nicht zu den Ashanti gehörenden Gruppen schlecht an, dass seitens der Regierung ausländischen Staatsbesuchern, unter ihnen Bundespräsident Horst Köhler und der damalige britische Premierminister Tony Blair, der Ashantikönig (Ashantahene) in Kumasi in einer Art und Weise präsentiert wurde, als sei er der König Ghanas. Dass auch die Architektur des kurz vor der Wahl fertig gestellten modernen Neuen Präsidialamtes dem Ashanti-Königsthron (Stool) nachempfunden ist, rief zum Teil wütende Reaktionen im Lande hervor.

Auch wurde der Regierung vorgeworfen, 2002 bei der Ermordung des Adanikönigs Ya-Na Yakubu Andani II. in Yendi, Nordghana, (sowie 30 seiner Anhänger) die Hand im Spiel gehabt zu haben. Als sichtbares Zeichen wurde die Tatsache gewertet, dass zwei Verdächtige kurz nach ihrer Festnahme wieder frei gelassen wurden und bis heute keine weiteren Festnahmen erfolgten, geschweige denn gegen die Verdächtigen Anklage erhoben wurde.

Es wurde bereits erwähnt, dass sich das Militär unter der NPP-geführten Regierung vernachlässigt fühlte. Bei den vorgezogenen Wahlen für Sonderkräfte, zu denen neben dem Militär auch die Polizei und andere Sicherheitsdienste zählen, also diejenigen Personenkreise, die während der Wahlen nicht an ihrem Wohnort zur Wahl gehen konnten, siegte daher der NDC mit überwältigender Mehrheit.

Nicht zuletzt hielt der Wahlslogan des Afroamerikaners Barack Obama, „*We want Change – Yes, we can*“ Einzug in den Wahlkampf des NDC. Mit dem Sieg Obamas entfaltete er dann auch eine entsprechende Wirkung. Dabei wird allerdings übersehen, dass die Person Atta Mills nicht unbedingt für Wandel steht. Das trifft auch für einige der Personen des Transition-Teams zu, das Mills nach seiner Wahl benannte. Dem Team gehören Personen an, die im Jahre 2000 von der Bevölkerung abgewählt wurden, da auch damals der Wille zur Veränderung den Wahlsieg der damaligen Opposition NPP beförderte.

Andererseits gibt es viele Stimmen, die darauf hinweisen, dass allein die Tatsache, dass die ghanaische Bevölkerung erneut ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Abwahl einer Regierung gezeigt hat, Grund genug für die neue Administration sein wird, Fehler der vergangenen 16 Jahre hinsichtlich einer verantwortungsvollen, transparenten, gerechten und rechen-schaftspflichtigen Amtsführung zu vermeiden.

EIN AUSBLICK FÜR GHANA

Auf Ghana kommen nun in jeder Hinsicht spannende Zeiten zu.

Die politische Klasse wird zeigen müssen, dass Kompromissbereitschaft in Afrika nicht immer einhergehen muss mit Ineffizienz und mit erkaufte[n] Loyalitäten. Denn: Präsident Atta Mills muss, vorerst mit keiner eindeutigen Mehrheit im Parlament ausgestattet, alle wichtigen Politikschritte mit der Opposition abstimmen. Dies kann dazu führen, dass wichtige und längst anstehende Reformen ebenso mit einem breiten Konsens verabschiedet werden wie die Gesetzgebung zu Schlüsselfragen im Gesundheits- oder Erziehungsbereich oder zur Nutzung der im Lande vorhandenen Rohstoffe. Es kann aber auch zu einer quälenden Zeit des Stillstands, der wechselseitigen Verdächtigungen und Angriffe, des wenig kooperativen politischen Verhaltens und letztlich zu einem Dauerwahlkampf schon im Hinblick auf die nächsten Wahlen 2012 führen, von denen sich beide Lager sicher klarere Mehrheitsverhältnisse wünschen.

Schon die ersten Monate des Jahres 2009, in denen schwierige Installationsprozesse von Parlament und Regierung anstehen, dürften Aufschluss darüber geben, ob das ghanaische politische System weiterhin belastbar ist und ob seine Akteu-

re den Anforderungen knapper und gegebenenfalls wechselnder Mehrheiten gewachsen sind.

Genügend Fragen stehen zur unmittelbaren Lösung an:

Wie alle Länder Afrikas ist Ghana hart von der gegenwärtigen Finanz- und Weltwirtschaftskrise betroffen. Das Land hatte in den letzten Jahren eine vergleichsweise erfolgreiche Wirtschaftspolitik betrieben und sich unabhängiger von Zuwendungen der Entwicklungshilfe gemacht. Ghana

Ghana ist nun vertrauenswürdig genug, um sich auf dem internationalen Kapitalmarkt Kredite zu beschaffen. Das kann sich aber in dem Moment, wo diese aufgrund der Finanzkrise nicht mehr in erforderlicher Höhe zur Verfügung stehen, als problematisch erweisen.

ist nun vertrauenswürdig genug, um sich auf dem internationalen Kapitalmarkt Kredite zu beschaffen. Das kann sich aber in dem Moment, wo diese aufgrund der Finanzkrise nicht mehr in erforderlicher Höhe zur Verfügung stehen, als problematisch erweisen. Denn die Kreditversorgung ist nun in Zeiten des knappen Geldes erschwert, so dass die Regierung vor

der Aufgabe steht, die wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen unter geänderten Bedingungen neu zu justieren.

Erschwerend kommt gemäß einem gerade veröffentlichten warnenden Bericht der Weltbank hinzu, „that the incoming administration would inherit high fiscal and balance of payment deficits that were unsustainable, given the current state of international financial markets“. Die NPP-Vorgängerregierung hatte in den letzten Jahren das Haushaltsdefizit teilweise durch Einnahmen, die im Rahmen von Privatisierungen entstanden, finanziert. Der Weltbankbericht kommt zu dem Ergebnis, „in the coming years, the country would have to spend 14 per cent of its total Gross Domestic Product (GDP) to service its fiscal deficit, while the balance of payment deficit would be larger.“²⁹

Von Vorteil dürfte es in dieser Situation sein, dass sich der Preis für Gold, zur Zeit neben Kakao immer noch Ghanas wichtigstes Exportgut, aufgrund der Krise auf hohem Niveau stabilisieren wird und dass mit der bald beginnenden Ölförderung die Abhängigkeit vom Weltmarkt für die Energiebeschaffung tendenziell sinken wird. Dennoch wird von einer

29 | Beide Zitate aus: „World Bank Cautions New Government“, in: *Daily Graphic*, Accra, 07.01.2009. (09.01.2009: <http://www.modernghana.com/news/197679/1/world-bank-cautions-new-government.html>).

Vertrauen schaffenden und umsichtigen Wirtschafts- und Fiskalpolitik das Gelingen aller anderen Reformen im Lande fundamental abhängen. Die erste Regierungserklärung des Präsidenten Atta Mills stellte klar, dass es nicht zu der von einigen Beobachtern und der jetzigen Opposition befürchteten Abwendung von marktwirtschaftlichen Prinzipien kommen wird, dass allerdings der Versuch unternommen wird, für die einheimische Produktion fairere Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt zu erzielen.

Genannt wurde bereits die notwendige Reform der ghanaischen Verfassung. Dazu gehört eine Neudefinition der Kompetenzen von Parlament und Exekutive. Insbesondere die Budgethoheit des Parlaments muss gestärkt werden. Ferner sind die materiellen Arbeitsbedingungen der Abgeordneten (Räume, Mittel, Zuarbeiter, wissenschaftliche Dienste) zu verbessern. Auch ist daran zu denken, dass die Koppelung von Ministerämtern an ein Parlamentsmandat notwendigerweise zu einer Vernachlässigung einer der beiden Positionen führt, was gerade angesichts der jetzt gegebenen knappen Mehrheiten extrem negative Auswirkungen zeitigen dürfte. Hier ist dringender Änderungsbedarf gegeben, auch um die Aufgaben und Rollen von Exekutive und Legislative deutlicher abzugrenzen.

Auch sollte überlegt werden, ob der Wahltermin, der in der Verfassung festgelegt ist, nicht besser um vier Wochen vorverlegt wird, um die Übergabe der Amtsgeschäfte von der alten zur neuen Regierung besser vorbereiten zu können. Im Falle einer Stichwahl für das Präsidentenamt beträgt die Übergangszeit nur eineinhalb Wochen.

Eine Stärkung des Rechnungshofes und seine größere Unabhängigkeit sind ebenso notwendig wie die konsequentere Verfolgung schwerer Wirtschaftskriminalität.

Eine klare und entschiedene Dezentralisierungspolitik muss eingeleitet werden, die den Anforderungen politischer Partizipation, auch der Parteien, auf Distriktebene gerecht wird und zugleich ein hohes Maß an Effizienz im Verwaltungshandeln und in den für die dezentralen Gebietskörperschaften entscheidenden Entwicklungsbereichen, nämlich Gesundheit, Erziehung, Standes- und Passamt, Regelung lokaler Rechtsstreitigkeiten etc. erbringt. Dazu gehört auch das Bewusstsein,

Eine klare und entschiedene Dezentralisierungspolitik muss eingeleitet werden.

dass verschiedene politische Mehrheiten im zentralen und dezentralen Bereich durchaus qualifiziert zusammenarbeiten können. Und ganz sicher ist auch an eine Ausstattung der Kommunen mit eigenen Finanzhoheiten sowie eine Verlagerung von Dienstleistungen aus zentralen Schlüsselministerien in die Kommunen zu denken.

Das Verhältnis von traditioneller Autorität und Gewohnheitsrecht zum modernen demokratischen Rechtsstaatssystem muss nachhaltig geklärt werden.

Insgesamt wird das Rechtssystem zu stärken sein, insbesondere die Fähigkeit zur Durchsetzung von Recht. Dazu gehört vor allem die Bekämpfung der endemischen Korruption, aber auch ein entschiedener Kampf gegen die zunehmende Straßenkriminalität und vor allem den Drogenhandel.

Die neue Regierung wird in einem Land mit einer Bevölkerung, die zur Hälfte jünger als 18 Jahre ist, mit innovativen sowie arbeits- und ausbildungsplatzrelevanten Reformen aufwarten müssen, will sie verhindern, dass die Größe der Slums in Ghanas Städten und die schon jetzt riesige Zahl von perspektiv- und teilweise haltlosen Straßenkindern weiter wächst.

Es ist von absoluter Notwendigkeit, einen regionalen Ausgleich im Lande durch eine prioritäre Förderung von Wirtschaft und Infrastruktur in Nordghana zu erreichen. Hier darf es nicht bei Lippenbekenntnissen wie bei allen Vorgängerregierungen bleiben, will man ein weiteres Auseinanderdriften des Landes verhindern und auch die massiven, wirtschaftlich und sozial kaum zu bewältigenden Folgen der Binnenmigration und das damit verbundene unkontrollierte Anwachsen der städtischen Agglomerationen dämpfen. In dieser Aufgabe könnte ein besonderer Auftrag für den Vizepräsidenten Mahama bestehen, der aus dem Norden stammt. Er müsste dies allerdings mit sehr viel mehr Kompetenz und Engagement tun als sein Vorgänger.

Eine Umweltpolitik für Ghana muss dringend formuliert und konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört eine Kontrolle der verheerenden Vergiftungsfolgen durch den Tageabbau von Gold; dazu gehört ferner eine Verpflichtung, Teile der Erlöse aus dem Rohöl in die Erhaltung der Natur zu investieren; dazu gehören bessere Kontrollen von Abgasen, aber auch

Wege, um die touristischen Schätze des Landes sauber zu halten von Plastikabfällen und Fäkalien. Nicht zuletzt gehört dazu auch, aus Europa verschiffte und als *second hand* deklarierte gebrauchte Computer und Computerteile, die in Wirklichkeit Elektroschrott sind, in den ghanaischen Häfen zurückzuweisen. Die gesetzlichen Grundlagen bestehen dazu, die weit verbreitete Korruption verhindert aber eine sachgemäße Umsetzung.

Neben vielen anderen Schritten wird es schließlich darauf ankommen, sowohl die Finanzzuweisungen seitens der im Ausland lebenden Ghanaerinnen und Ghanaer als auch die Unterstützung durch Entwicklungshilfe stärker in den produktiven Bereichen der Gesellschaft zum Einsatz kommen zu lassen. Viel zu fragil ist das zur Zeit im Wesentlichen auf Handel und temporären Finanzflüssen beruhende ghanaische Wirtschaftssystem. Hier sind geeignete infrastrukturelle und die Energieversorgung sichernde Maßnahmen, vor allem aber Rechtssicherheit und eine Senkung der Transaktionskosten bei Direktinvestitionen, notwendig.

Viel zu fragil ist das zur Zeit im Wesentlichen auf Handel und temporären Finanzflüssen beruhende ghanaische Wirtschaftssystem.

Sollten diese Dinge aus der Dynamik der neuen Kräftekonstellation heraus in Angriff genommen werden, erwiese sich Ghana erneut als ein Vorreiter und Vorbild für die Entwicklung in Afrika.

GHANA BLEIBT EIN MODELL FÜR AFRIKA

Bereits nach dem ersten Wahlgang wurde deutlich, dass sich Ghana außenpolitisch wieder einmal eines Zuwachses seiner ohnehin schon großen Reputation erfreuen konnte. Das Land steht gerade deshalb für die Möglichkeit, auch in Afrika tragfähige demokratische Systeme zu errichten und nachhaltige Wirtschaftsschübe zu bewirken, weil dies nicht vor dem Hintergrund einer nur sehr kleinen Bevölkerungszahl wie etwa in Mauritius und Botswana, nicht ausgestattet mit einem alles überlagernden Ertrag aus Rohstoffen wie etwa in Sambia erfolgt, sondern weil es vor dem Hintergrund massiver gesellschaftlicher Konflikte und Aushandlungsprozesse geschieht. Ghana macht es sich nicht leicht, vieles könnte sicher effizienter geschehen, aber: das Land hat wieder einmal – trotz allen Hin und Hers nach dem zweiten Präsidentschaftswahlgang – gezeigt, dass es seine Probleme gewaltfrei lösen kann

Sicherlich wird das nicht ohne ausländische Entwicklungshilfe gehen. Ziel muss es aber sein, sich davon auf lange Sicht unabhängig zu machen und eine *Exit Strategy* zu entwickeln, d.h. einen Prozess der wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu fördern.

und die Zukunft nun beherzter angehen mag. Sicherlich wird das nicht ohne ausländische Entwicklungshilfe gehen. Ziel muss es aber sein, sich davon auf lange Sicht unabhängig zu machen und eine *Exit Strategy* zu entwickeln, d.h. einen Prozess der wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu fördern, der von den Ghanaern

selbst eingeleitet wird. Es muss damit der Tendenz entgegen gewirkt werden, dass Entwicklungshilfe zunehmend Sozialaufgaben des Staates übernimmt, während sich gleichzeitig einheimische Eliten an von der Bevölkerung erwirtschafteten Erträgen auf Kosten der Allgemeinheit bereichern.

Der ghanaischen Diplomatie und den Friedenskräften in Ghana wird ein weiteres Mal die Aufgabe zukommen, auch außerhalb der Grenzen des Landes Dienst an der demokratischen Entwicklung, an der Lösung von Konflikten, an der Herstellung von entwicklungsfördernden Rahmenbedingungen zu leisten. Das Land verfügt dazu nun auch bereits über eine beachtliche Anzahl international geachteter *Elder Statesmen*. Neben dem früheren UN-Generalsekretär Kofi Annan, neben dem ehemaligen Präsidenten John J. Rawlings, dessen Reputation durch den Wahlsieg des NDC sicher gewonnen hat, könnte sich dieser Aufgabe ab dem 8. Januar 2009 auch Altpräsident J. A. Kufuor widmen.